



Horst Hohmann

## **Eine Antwort aus Curitiba**

Im letzten Satz seines Leserbriefes sagt Ferdinand Kerstiens, dass es ihn wundert, wie „imprimatur“ meinen Kommentar „ohne Nachprüfung“ aufnehmen konnte.

Wenn meine Kollegen in Saarbrücken und Trier keine Notwendigkeit sahen, vor Abdruck meines Textes sich bei Herta Däubler-Gmelin oder in der Zentrale der Arbeiterpartei (PT) in São Paulo schlau zu machen, liegt das vermutlich einfach daran, dass sie mir voll vertrauen. Sie wissen, dass ich in der 7. Lehrredaktion der renommierten „Deutschen Journalistenschule“ (DJS) 1968/69 mein Handwerk von der Pieke auf gelernt, mit den berufsethischen Regeln der schreibenden Zunft dort bestens vertraut gemacht wurde und im Laufe der zurückliegenden 50 Jahre nie (!) unter dem Verdacht stand, mich für Geld oder andere Vorteile vor den „gelben Wagen“ einer Bischofskonferenz, einer Partei oder sonst irgendeiner Interessengruppe spannen zu lassen.

Meine Kollegen wissen vor allem, dass ich immer gründlich recherchiere und sozusagen von berufswegen misstrauisch werde, wenn ich spüre, dass da mal wieder jemand versucht, mir eine Lügengeschichte unterzujubeln, wofür man in Brasilien umgangssprachlich den Ausdruck gebraucht: „Alguem quer te passar a perna – Jemand will dir ein Bein stellen!“

Vielleicht hätte ich (wie auch Journalisten-Freunde in Tübingen letzten Sommer meinten) in meinem Kommentar doch erwähnen sollen, dass ich gleich nach meiner Pensionierung 2005 mit meiner Familie von München nach Curitiba umgezogen bin und jetzt seit 13 Jahren ununterbrochen in der 3-Millionen-Stadt lebe, wo meine Frau geboren wurde und aufwuchs. Dass der Bundesrichter Sergio Moro ebenfalls in der Hauptstadt des Bundesstaates Paraná lebt, ist reiner Zufall. Ich bin weder mit ihm, noch mit irgendeinem brasilianischen Politiker und auch nicht mit irgendeinem Großgrundbesitzer, Zeitungsinhaber oder Chef einer potenten Privatbank verwandt oder verschwägert.

Wenn Herr Kerstiens von meinem Kommentar meint, er hätte eigentlich bestens in die „korrupte Regierungspresse Brasiliens“ gepasst, fragen sich ausgewiesene Kenner Brasiliens natürlich: Presse von welcher Regierung? Alle wichtigsten Zeitungen und Fernsehkanäle des Landes sind seit über 30 Jahren „auf Sendung“ und durften ihre Meinung unter der Regierung Collor, der Regierung Itamar, der Regierung Cardoso, der Regierung Lula, der Regierung Dilma und jetzt der Regierung Temer ungehindert sagen. Bin ich ein „korrupter Journalist“, wenn ich unbequeme Fragen stelle und im konkreten Fall die begründete Meinung vertrete, dass der Urteilspruch von Bundesrichter Moro rechtens ist?

Ähnlich wie sich Ferdinand Kerstiens und die Marler Brasiliengruppe nun schon 40 Jahre lang über den eigenen „Tellerrand“ hinweg um „Gotteslohn“ mit Freunden auf der anderen Seite des Atlantiks solidarisieren (wozu ich ihnen herzlich gratuliere!) schicke ich von hier aus meine gezeichneten und ungezeichneten Beiträge für „imprimatur“ immer honorarfrei nach Saarbrücken.

Wes Geistes Kind ich bin und welche Anliegen mir gerade hier in Brasilien besonders am Herzen liegen, dürften eigentlich u.a. folgende Beiträge von mir in den allerjüngsten Ausgaben von „imprimatur“ deutlich gemacht haben:

Heft 4/2015 „Umweltskandal am Rio São Francisco“

Heft 1/2016 „Station Liberdade“ und „Unsere lautlosen Kriege“

Heft 3/2016 „Korruption – das Zerstörungswerk der Unersättlichen“

„Die abgeschnittenen und verschütteten Wege“

Heft 4/2016 „Geburtsstunden“

Heft 3/2017 „Enteignungen“

Heft 1/2018 „Das Lied des Uirapurú“

Ferdinand Kerstiens möge mir verzeihen, wenn ich heute nicht mit größerer (und bei einer so kontroversen Geschichte eigentlich auch wünschenswerten) Ausführlichkeit antworten kann. Ich werde mich auf 5 Feststellungen beschränken.

Erstens: Auf die Amtsenthebung der Präsidentin Dilma Rousseff sowie auf die Gründe und näheren Umstände des Verfahrens, das in der brasilianischen Verfassung übrigens genauso für Bürgermeister von Großgemeinden (knapp über 5.570), für die Gouverneure der 26 Bundesstaaten und des Regierungsdistrikts in Brasilia sowie für die 11 Minister des Bundesverfassungsgerichts (STF) gilt, bin ich in meinem Kommentar nicht eingegangen. Ich habe lediglich festgestellt, dass Michel Temer die Regierungsgeschäfte „verfassungsgemäß“ übernahm. Ob Temer, der seit 2010 Vize von Dilma Rousseff war und laut staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen allerbeste Chancen hat, nach Aufhebung seiner Immunität für einige Jahre im Gefängnis zu landen, ist ein separates Thema, das vor allem deshalb hochinteressant ist, weil die Partei Temers, die MDP (früher PMDP) in fast allen Korruptionsskandalen der vergangenen 30 Jahre eine unrühmliche Rolle spielte.

Zweitens: Genauso wie die Arbeiterpartei (PT) das Anliegen des Buches von Gilberto Freyre „Herrenhaus und Sklavenhütte“ propagandistisch umdeutet und behauptet, dass mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Temer die Kluft zwischen „Herren und Sklaven“ erneut vergrößert werde (sie hat auch zu Zeiten der PT-Regierungen trotz aller gegenteiligen Behauptungen auf dem Land und in den Städten bestanden!), sind leider auch eine ganze Reihe der dafür ins Feld geführten „Beweise“ nichts anderes als mit großer Unverfrorenheit aufgetischte Märchen.

Ob Lula und Dilma während ihrer Regierungszeit auf Grund der vielen Sozialprogramme (wie z.B. „Bolsa Família“) 26 Millionen Brasilianer aus der „absoluten Armut“ herausgeführt haben oder 36 Millionen oder möglicherweise sogar 41 Millionen, scheint von der jeweiligen „Laune und Tagesform“ der PT-Propagandisten abzuhängen. Fakt ist, dass alle von Lula und von Dilma „ins Leben gerufenen“ Sozialprogramme bereits während der Regierungszeit von Fernando Henrique Cardoso (1995-2003) existierten und also keine Erfindung der Arbeiterpartei sind. Vor 2003 lehnten Lula und seine Partei die Programme ab.

Als Lula dann 2003 Präsident wurde, hat er die Programme übernommen, hat ihnen einen neuen Namen gegeben und landauf landab verbreiten lassen, dass diese „neue Politik der Umverteilung der Reichtümer Brasilien“ ureigenstes Anliegen der Arbeiterpartei sei.

Selbstverständlich haben die beiden PT-Präsidenten die Programme anerkanntermaßen verbessert und ausgeweitet, was u.a. auch deshalb möglich war, weil Lula 2003 vom Start weg mehr als das Doppelte der Haushaltssumme seines Vorgängers Cardoso zur Verfügung hatte, d.h. statt 580 Milliarden knapp über 1,1 Billionen Reais. Allerdings ist es ein offenes Geheimnis, dass nach der Machtübernahme durch die Arbeiterpartei NGOs und „Beratungs“-Einrichtungen wie Pilze aus dem Boden schossen und viele von ihnen für den Transfer großer Summen öffentlicher Gelder in die Parteikassen benutzt wurden.

Dass einige Millionen Brasilianer zwischen 2003 und 2012 u.a. wegen „Bolsa Família“, wegen „Minha Casa Minha Vida“ und wegen der Förderung kleinbäuerlicher und handwerklicher Familienbetriebe zum sogenannten unteren Mittelstand aufschließen konnten, bestreitet niemand. Man muss jedoch festhalten, dass mindestens zwei Drittel jener 26 Millionen (oder doch 36 oder doch 41 Millionen?!) angeblich durch Lula aus dem Elend befreiten „armen Schlucker“ in Wirklichkeit wegen der von Cardoso sanierten Finanzen und in einer sich deshalb schnell erholenden Wirtschaft Arbeit fanden und so aus eigener Kraft ihr Leben verbesserten.

Drittens: Wenn ich im Folgenden nur stichwortartig auf einige weitere der von Kerstiens gegen Temer ins Feld geführten „Beweise“ eingehe, geschieht das aus Zeitgründen. Mit Sympathie oder Antipathie oder gar mit der Frage, wie „korrupt“ der derzeit amtierende Präsident ist, hat das nichts zu tun.

Stichwort Pressefreiheit: Als ein in Deutschland aufgewachsener Journalist staune ich immer wieder, wie große Freiheiten meine hiesigen Kollegen genießen und dabei (geschriebene oder gesprochene) Behauptungen zu Papier bringen, für die sie in Deutschland kostspielige

Prozesse an den Hals bekämen und in den Knast wandern würden. Wenn in Brasilien (22 mal so groß wie Deutschland!) mehr Journalisten ihr freies Wort mit dem Tod bezahlen müssen, dann deshalb, weil sie sich bei Verbrecher-Syndikaten unbeliebt gemacht haben – dort, wo die illegale „Umverteilung“ öffentlicher Gelder stattfindet. Dort, wo mit Drogen gehandelt wird. Dort, wo nach Wildwest-Manier „Landgrabbing“ stattfindet (der Bundesstaat Pará, von wo aus der von mir hochverehrte Bischof Erwin Kräutler ein garstig Lied über die Liquidierung von Whistleblowern singen kann) ist trauriger Spitzenreiter bei dieser Art von Delikten.

Stichwort „Fome Zero“: Ich darf Ferdinand Kerstiens darauf hinweisen, dass dieses Programm der Nahrungsmittelzuteilung für besonders Bedürftige bereits 2003 gestrichen und danach von „Bolsa Familia“ abgedeckt wurde. Wenn das Programm nicht mehr existiert, wie konnte es dann 2018 um 98,8 Prozent gekürzt werden?

Stichwort „Schulen auf dem Land“: Hier in Brasilien gehören die Grundschulen in den Kompetenzbereich der Großgemeinden (municípios) und der einzelnen Bundesstaaten, nicht der Bundesregierung. Wie in vielen andern Bereichen haben sich hier Lula und Dilma mit „fremden Federn“ geschmückt. Ich selbst kenne eine ganze Reihe dieser Schulen, die in Eigenleistung und mit beispielhaftem staatsbürgerlichem Esprit von kirchlichen Basisgemeinden und anderen Initiativgruppen errichtet wurden. Lula und Dilma haben dabei weit und breit keine Spur hinterlassen!

Stichwort Haushaltskürzungen: Wie glücklich oder unglücklich die bisherigen Maßnahmen der Regierung Temer für eine Sanierung der Staatsfinanzen waren, kann ich hier nicht diskutieren. Allerdings muss man zumindest anerkennend sagen, dass der MDP-Mann und sein Team nicht völlig untätig waren. Sie erreichten via Abgeordnetenhaus und Senat (durch die Verfassungsänderung PEC 241) eine Obergrenze für Haushaltsausgaben. Alle wichtigen Ressorts (wie z.B. auch Erziehung und Gesundheit, aus deren Budget Dilma Rousseff bereits kurz nach ihrer Wiederwahl 2014 umgerechnet 4 bzw. 3 Milliarden Euro gestrichen hatte!) sind davon betroffen, und der Jammer ist verständlicherweise überall groß. Nur nebenbei: meine Frau, die als Krankenschwester umgerechnet monatlich rd. 900 Euro verdient, bekommt genauso wie alle ihre KollegInnen nun schon seit 3 Jahren keine Lohnerhöhung mehr – „Stillhalteabkommen“ inmitten einer brutalen Rezession.

Stichwort Renten: Die PT-Präsidenten Lula und Dilma hätten zwischen 2003 und 2016 ausreichend Zeit gehabt, nicht nur eine dringend notwendige Agrarreform, eine Reform des Arbeitsrechtes, eine Reform der politischen Strukturen des Landes und insbesondere eine Rentenreform durchzuführen. Sie sind in diesen Bereichen weitgehend untätig geblieben, weil sie eine Heidenangst vor unpopulären Maßnahmen hatten. Gravierend sind die Zustände vor allem im Rentenbereich. Lula und Dilma haben es zugelassen, dass über 32.000 Arbeitgeber (unter ihnen die JBS, der Welt größter Nahrungsmittelproduzent!) Pflichtbeiträge in Höhe von umgerechnet 110 Milliarden Euro nicht an die staatliche Rentenversicherung INSS abführten.

Die von Temer bei den Renten durchgesetzten Reformen erforderten bzgl. der Kleinbäuerlichen Bezüge u.a. deshalb Korrekturen, weil es auf Dauer im Interesse aller Arbeitnehmer nicht mehr zu verantworten wäre, dass aus den Kleinbäuerlichen Familienbetrieben umgerechnet nur 2 Milliarden Euro an Beiträgen in die Rentenkassen fließen, gleichzeitig aber (2016) knapp über 40 Milliarden Euro ausgezahlt werden mussten – ein Procedere, das inzwischen für zwei Drittel des Gesamtdefizits des INSS verantwortlich ist. Auch das wäre fairerweise zu beachten, wenn man Temer „asoziale Absichten“ vorwirft.

Frage: gehören die von Kerstiens genannten 3 Millionen Brasilianer, die angeblich auf Grund der „Reformen“ Temers allein 2017 schon wieder in den Keller absoluter Armut zurückgerutscht sind, nicht vielleicht doch zu den zusätzlich rd. 6 Millionen, die wegen der 2013 einsetzenden schweren Wirtschaftsrezession arbeitslos wurden?

Viertens: Weil ich das gesamte Ermittlungsverfahren wie auch die erst- und zweitinstanzlichen Verhandlungen und Urteilsbegründungen gegen Lula vollumfänglich begleitet habe, kann ich einfach nur feststellen, dass der Ex-Präsident zu Recht einsitzt. Frau

Däubler-Gmelin müsste eigentlich wissen, dass korrupte Politiker und Geldwäscher allergrößten Wert darauf legen, keinerlei „schriftliche Spuren“ ihrer Verbrechen zu hinterlassen. Oder hatte sie allen Ernstes bzgl. des von der Firma OAS für Lula „reservierten“ Triplez-Appartments in Guarujá eine notariell beglaubigte „Geschenkkunde“ über den „Kleckerles-Betrag“ von umgerechnet 600.000 Euro erwartet?

Korrupte Richter? Ich könnte Herrn Kerstiens auf Anhieb mehrere Fälle übelster Vorteilmahme von Richtern hier in Brasilien nennen. Bundesrichter Sergio Moro und seine Kollegen am Appellationsgericht in Porto Alegre gehören definitiv nicht zu dieser minoritären Gruppe von „schwarzen Schafen“ ihres Berufsstandes.

Darum bleibe ich dabei: ADVENIAT hat sich auf unverantwortliche Weise der Verleumdung brasilianischer Bundesrichter und der pauschalen Herabsetzung der Justiz in einem fremden Land schuldig gemacht.

Fünftens: Ferdinand Kerstiens zitiert in seinem Brief die ehemalige deutsche Justizministerin Herta Däubler-Gmelin, die in einem Aufsatz sagt: „Immer mehr Hinweise unterstreichen die Befürchtung, dass ein erheblicher Teil der brasilianischen Justiz sich als Arm der Geld- und Machtelite begreift und unter missbräuchlicher Berufung auf die richterliche Unabhängigkeit die auch in der brasilianischen Verfassung verankerten Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit opfert.“

Ich bin überzeugt: hätte Frau Däubler-Gmelin das Ermittlungsverfahren und die Prozesse (so wie ich es als freier und völlig unabhängiger Journalist getan habe!) in ihrer vollen Länge verfolgt oder die Urteilsbegründungen aus Curitiba (1. Instanz) und aus Porto Alegre (2. Instanz) aufmerksam gelesen, hätte sie unmöglich zu ihrer desaströsen und verleumderischen Einschätzung kommen können.

In einem Interview mit der Deutschen Welle hatte die Schwäbin am 8. August vorigen Jahres immerhin gestanden, dass „Brasilien eine andere Welt“ und mit Deutschland nicht zu vergleichen sei, habe doch der deutsche Präsident Christian Wulff 2012, als ihn der Staatsanwalt der „Vorteilmahme im Amt“ anklagte, weil ein enger Freund des Hannoveraners Privatrechnungen in der Gesamthöhe von 700 Euro für ihn bezahlt hatte, prompt seinen Rücktritt erklärt.

Vielleicht versuchen Ferdinand Kerstiens und Frau Däubler-Gmelin einmal nachzuvollziehen, was es für die Mehrzahl der Brasilianer bedeutet, dass endlich auch „Großkopferte“ für ihre Verbrechen bestraft werden und es Bundesrichter Sergio Moro und seinem Ermittler-Team in den letzten 3 Jahren gelang, umgerechnet ein erstes Bündel von über 1 Milliarde Euro (!) auf den Konten korrupter Politiker und Unternehmer zu beschlagnahmen und in die Staatsschatulle zurückzuführen! Ein sensationeller Vorgang in einer für uns Deutsche so „total anderen Welt“ und ein Befreiungsschlag allergrößten Kalibers!

Eine kleine Empfehlung zum Schluss: Martin Schulz von der SPD sollte nach seinem Besuch des brasilianischen Ex-Präsidenten in dessen Gefängnis hier in Curitiba (bei mir sozusagen um die Ecke!) künftig auf keinen Fall mehr zu den verlässlichen Zeitzeugen der jüngsten brasilianischen Entwicklung gerechnet werden.